

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Mr. 248

Sonnabend, den 21. Oktober 1922

5. Jahrgang.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Im „Berl. Tagbl.“ schreibt Wilm Stein, der Warschauer Vertreter dieses Blattes, über die Gesichtspunkte, unter denen man bei uns in Polen die gegenwärtigen deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden beurteilt. Wenn diese Ausführungen auch nicht in allen Stücken zutreffen, so bieten sie im allgemeinen doch ein ziemlich getreues Spiegelbild der Stimmung, wie sie bei uns gegenüber dieser Frage herrscht und wie sie selbst durch den Mund amtlicher Persönlichkeiten und durch die Presse wiederholt zum Ausdruck gebracht worden ist.

Es heißt da:

Jedem, der es hören will, wird seit drei Jahren, von allen amtlichen und sonstigen führenden Männern Polens verkündet, daß Deutschland und Polen wirtschaftlich aufeinander angewiesen seien. Wer einem Deutschen hier etwas Ruhenswürdiges sagen will, betont, daß man Deutschland nicht haben könne, daß man sich aber mit ihm dringlichst „verständigen“ wolle — natürlich, bitte sehr, nur auf wirtschaftlichem Gebiete. Wer noch lebenswürdiger ist, fügt die Hoffnung hinzu, daß ja eine wirtschaftliche Verständigung vielleicht auch zu einer Entspannung der politischen Gegensätze führen könnte. Entnimmt man dieser Versicherung nur das Wort, daß Polen an vertraglich geregelten wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland sehr gelegen ist, so sollte man meinen, daß die Dresdener Verhandlungen mit Befriedigung in Warschau begrüßt werden. Nach mehrfachen vergeblichen Versuchen der letzten Jahre hat man sich dort jetzt erneut ernsthaft an den Verhandlungstisch gesetzt. Ein umfangreiches Vertragswerk steht am Ziel: statt der zahlreichen provisorischen Abkommen die endgültige Regelung des Korridor-, Grenz-, Post- und Eisenbahnverkehrs, Vereinbarungen über die Durchführung der aus dem Versailler Vertrag und der Abtretung preussischen Gebietes an Polen folgenden Probleme, besonders der Options- und Liquidationsfragen; endlich der Transit- und der allgemeine Handelsvertrag. In letzterem sieht man in Warschau das Kernstück der Verhandlungen. Darin hat sich seit den früheren fruchtlosen Zusammenkünften nichts geändert, daß die polnische Seite die Vorteile des Wirtschaftsabkommens erstrebt, ohne daß für den Deutschen auch sehr stark interessierten, mehr politischen Fragen irgendwelche Konzessionen machen zu wollen. Die Tat in Dresden, statt auf einen allgemeinen umfassenden Vertrag auf eine Reihe von Spezialabkommen hinzuwirken, zeigt den Wunsch, das in Warschau gefürchtete „junctum“ zwischen politischen und wirtschaftlichen Fragen anglich zu vermeiden.

Man will einen Handelsvertrag, nicht mehr. Und selbst da sagt das Wortchen „man“ noch zu viel: den Handelsvertrag will einerseits die Regierung, andererseits ein Teil der real und nüchtern denkenden Handelswelt. Die Regierung erhofft von einer vertraglichen Regelung des jetzigen illoyalen Handels die Eröffnung von Ein- und Ausfuhrzöllen; die Regierung sieht außerdem allmählich ein, daß das schwachpolnische Polen einen großen Teil seines Bedarfs an Eisenbahnmateriale, Maschinen und anderem erheblich billiger in Deutschland decken könnte, als im hochvalutierten Amerika. Und die nüchtern Denkenden in Industrie und Handel haben ähnliche Gefühle bei ihren Einfäufen an Maschinen, Werkzeugen Kunststoffen und tausend Qualitätswaren. Beide genannten Faktoren gehen dabei von der Kenntnis der Wirklichkeit aus; denn diese Wirklichkeit hat sich, was man allgemein als den „notwendigen wirtschaftlichen Austausch“ zwischen Polen und Deutschland bezeichnet, ohne Staatsvertrag geregelt. Schon vor der „schönen Geste zur Schaffung einer günstigeren Verhandlungsmöglichkeit“, das heißt vor der grundsätzlichen Zustimmung freier deutscher Transit nach Rußland und der Ukraine als Äquivalent für die Aushebung der deutschen Ausfuhrzölle nach Polen (in den Warschauer Verhandlungen im Juli) kamen tatsächlich fünf Sechstel der polnischen Einfuhr aus Deutschland; umfangreicher Schmuggel, falsche polnische Werte auf Wiener oder litauischen oder rumänischem Gebiete ermöglichten das. Und umgekehrt konnte auch Deutschland bekommen, was es brauchte, sofern es die Transportmittel zur Verfügung stellte: denn was soll Polen mit seinem Kartoffelreichtum beginnen, da die polnische Eisenbahn ihn nicht zu transportieren vermag? Für einen recht erheblichen Teil des durch

einen Handelsvertrag möglichen Austauschverkehrs liegen die Dinge also so, daß die vertragliche Regelung die Ware billiger macht (durch Fortfall der Schmuggelrisikozuschläge oder der Umwege) und für die Staatskasse ertragreicher (durch Zölle). Neben dem Streben nach einer Steigerung des deutschen Warenbezuges, der naturgemäß vorzuziehen ist, erklärt das den lebhaften Vertragswunsch der real denkenden Interessenten und der Regierung.

Nur leider: weder die Regierung, noch die hier gemeinten Wirtschaftskreise vermögen mit ihrem „Vertragswillen“ Ansichten dafür zu geben, daß man in Dresden zu einem auch die deutsche Seite befriedigenden Ergebnis gelangt. Die Regierung, gefährdet durch die Novemberwahlen, ist durch Rücksicht auf die Öffentlichkeit, auf die Stimmung der Straße, gehen um, deutschen Gegenforderungen sich genügend anzupassen, nun aber, wenn es um die notwendigen Verhandlungspunkte politischen Charakters geht. Die nüchternen Wirtschaftskreise aber sind sehr dünn gesät und sowohl deswegen wie ihrer meist jüdischen Provenienz wegen von völliger Einflußlosigkeit auf das politische und wirtschaftspolitische Geschehen. Daraus, daß man in Polen, dessen Rolle in allererster Linie wirtschaftlicher Natur ist, wirtschaftlichen Notwendigkeiten den Vorrang vor politischer Selbstschicklichkeit einräumt, ist man eben noch sehr weit entfernt. Wie reagiert die öffentliche — und keineswegs nur die einflußlose — Meinung auf die deutsch-polnischen Verhandlungen? Die wirtschaftliche Fachpresse und die Wirtschaftsmänner der Zeitungen halten sich zunächst in Schweigen — die Unpopularität des Themas gebietet das; einzelne Sa-

bauerverbände erlassen Aufrufe zum Boykott der gefährdeten deutschen Konkurrenzwaren; der amtliche Sachverständigenbeirat beim Handelsministerium verneint in einer feierlichen Resolution das Bedürfnis nach einem deutsch-polnischen Handelsvertrage. Das Wort dazu nimmt nur der Politiker. Er nimmt es unter dem Eindruck, daß den Franzosen jegliche, auch eine nur wirtschaftliche Annäherung Polens an Deutschland unbefähigt ist. Er schreibt z. B. über ein amtliches Communiqué von den Dresdener Verhandlungen: „Sie können uns nicht helfen, aber unser Brot wollen sie essen.“ Oder er verlangt von der Regierung, „daß sie nicht durch polnische Kartoffeln die Organe der polnischen Presse in der Frage der Liquidation deutschen Eigentums vorschlägt, ein Gesetz, das diese Liquidation sichern und beschleunigen soll.“ Was sich hieraus ergibt, ist die herrschende und maßgebliche polnische Stimmung gegenüber den Dresdener Verhandlungen. Wenn nicht die Wahlen es der Regierung erschlügen, wirtschaftliche Gesichtspunkte gegen den politischen Haß durchzusetzen, und wenn das gleiche nicht elfen polnischen Parteien gelingt, so werden die etwaigen Dresdener Einzelabkommen einige technische Fragen regeln, aber nicht zu einer Erleichterung des polnischen Wirtschaftslebens führen — um nur von hier aus zu sprechen.

Die Londoner Regierungskrise.

London, 20. Oktober. (Pat.) Die Ueberrahme der Kabinettsbildung durch Bonar Law ist insofern an Bedingungen geknüpft, als er erst zum Führer der Partei der Konservativen gewählt werden muß, um eine Regierung bilden zu können. Eine Versammlung dieser Partei wird wahrscheinlich am Montag stattfinden. Bis dahin soll keine endgültige Entscheidung bezüglich der Kabinettsbildung getroffen werden. In gewissen politischen Kreisen erhält sich die Meinung, daß infolge der gestern stattgefundenen Besprechung der Konservativen Chamberlain, Balfour und Birkenhead mit Bonar Law im neuen Kabinett zusammenarbeiten werden.

London, 20. Oktober. (Pat.) Renter erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß Bonar Law dem Könige erklärt habe, er könne die Verantwortung noch nicht übernehmen, ein Kabinett zu bilden, ohne zu wissen, ob die Unionisten beider Kammern den Grundgedanken seiner Politik beistimmen werden. Bonar Law fügte hinzu, daß zu diesem Zwecke am Sonntag oder Montag eine Vollversammlung dieser Partei stattfinden werde.

London, 20. Oktober. (Pat.) „Daily Mail“ gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kabinettswechsel keine Veränderung in der Außenpolitik Englands nach sich ziehen werde. Was das Verhältnis zu Irland betrifft, so nimmt das Blatt an, daß der letzte englisch-irische Vertrag in seinem vollen Umfange aufrecht erhalten bleiben wird.

Wien, 20. Oktober. (A. B.) Die hiesigen Blätter stellen fest, daß die Demission des englischen Kabinetts auf alle Fälle weittragende Folgen in der auswärtigen Politik zeitigen werde. Man müsse damit rechnen, daß künftig zwischen Frankreich und England herkömmliche Beziehungen als bisher herrschen und die bisherigen Reibungen aufhören werden. Die Zeitungen bezeichnen den Rücktritt Lloyd Georges als großen Sieg der Politik Poincarés.

Berlin, 20. Oktober. (Pat.) Die heutigen Morgenblätter halten den Sturz Lloyd Georges als sehr gefährlich für Deutschland, da er zur Zeit erfolgte, als in der Reparationskommission

sowie in der nächsten Sitzung des Obersten Rates über das Los Deutschlands entschieden werden soll.

Der Eindruck in Frankreich.

Paris, 20. Okt. (Pat.) Die gesamte heutige Morgenpresse bespricht eingehend den Rücktritt der Regierung Lloyd Georges, wobei sie den Wunsch äußert, daß dieser Umstand der bisherigen zweideutigen Lage ein Ziel setzen möchte. Die Blätter drücken die Erwartung aus, daß die französisch-englischen Beziehungen dadurch nur gewinnen werden, wie dies denn auch auf das Verhältnis der Verbündeten zueinander günstig einwirken werde. „Action Française“ äußert die Ueberzeugung, daß der Nachfolger Lloyd Georges wenn nicht besser als dieser, so doch mindestens ebenso gut sein werde. „Victoire“ schreibt: Lloyd Georges ist gefürzt. Vielleicht wird es jetzt möglich sein, die Arbeiten zum Wiederaufbau und zur Regenerierung Europas aufzunehmen. „Echo National“ meint: Die Mode des Tages wird nun ohne Zweifel die Rede sein, daß der Fall Lloyd Georges ein Segen Frankreichs sei. Dennoch enthalten sich vernünftige Leute solcher Äußerungen, bis die Zeit diese Auffassung nicht bestätigt haben wird. „Zeit Parisien“ schreibt: Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein englisches Kabinett keinen Vorteil davon haben wird, wenn es sich von Frankreich entfernt.

Ein Vertrauensvotum für die Regierung Poincarés.

Paris, 20. Oktober. (Pat.) In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer stellte die Regierung gelegentlich der Aufstellung der Tagesordnung für die Dienstagssitzung die Vertrauensfrage, indem sie zugleich verlangte, daß der Punkt, der eine Diskussion über das Budget vorsehe, auf der Tagesordnung verbleiben solle. Der Antrag wurde gemäß dem Wunsche des Kabinetts mit 390 gegen 143 Stimmen angenommen.

Paris, 20. Oktober. (Pat.) In maßgebenden Kreisen wird berichtet, daß Poincaré in der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer die Frage der Außenpolitik nicht berühren werde, da er die Absicht hat mit einer diesbezüglichen Erklärung bis zur Bildung eines neuen englischen Kabinetts zu warten.

Erscheint mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage: täglich früh.
Schriftleitung und Geschäftsstelle
Petrikauer Straße 86, Tel. 6-86.

Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt Arbeitsniederlegung oder Aussetzung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Eigene Vertretungen in:
Alexandria, Bagdad, Beirut, Kairo, Konstantinopel, Latakia, Saloniki, Smyrna, Soudan, Tadmor, Tripoli, Zypern usw.

Wir und die anderen.

Der Wahlkampf, den wir Deutschen Polens gegenwärtig aufgenommen haben, ist ungleich verschieden von dem der polnischen Parteien, die gegen uns ins Feld ziehen.

Unsere Gegner stehen Milliarden zur Verfügung; sie können heute die Summen auf die Waagschale werfen, die ihre Parliamentsgenossen freigelegt haben. Die Freigabe dieser Summe ist begreiflich, ist ihre Lösung doch: Dem schenken! Und Herrschen heißt auch Verleihen. Sie suchen durch den Sejm und Senat weiterhin die Möglichkeit, ihre Reichtümer weiter zu vergrößern, ohne Rücksicht darauf, daß das Land und die nationaldemokratische Bevölkerung verarmen und zugrunde gehen kann. Bis jetzt bürden die Herren Nationaldemokraten ungehindert herrschen und es würde keinem von ihnen in den Traum kommen, in die Volksovertretung Leute hineinzubringen, die im Interesse des Staates und der gesamten Bevölkerung tätig sein würden.

Unser Programm sieht anders aus. Wir wollen aufbauen. Wir sind es satt, unsere Arbeit für diese Herren zu tun. Wir wissen es ganz genau — hatten wir doch reichlich Gelegenheit, uns während der vergangenen drei Jahre davon zu überzeugen — daß das Wenigste, was diese Herren vermöge ihrer — wenn auch knappen — Stimmennachzahl im Sejm beschließen haben, dem Staatskassen zum Vorteil gereichte.

Es ist für uns klar, daß eine Finanzwirtschaft nicht fortbauern kann, die im Verlaufe von kaum neun Monaten eine Unterbilanz von 552 Millionen verursacht hat. Ist es nicht niederschmetternd, daß allein die Ausgaben für die Beamten des Staates die Einnahmen bei weitem übersteigen? Für uns ist es klar, daß der Unterhalt des Heeresschatz nicht nur nicht mehr kosten darf, als die gesamten Staatseinnahmen ausmachen, sondern höchstens ein Viertel dieser Einnahmen beanspruchen kann.

Das wichtigste jedoch, wofür wir den Kampf aufnehmen müssen, ist die Gleichberechtigung. Die Verfassung hat sie zwar versprochen, doch hat die Praxis gelehrt, daß die ausführenden Organe nur diejenigen Bürger zu schützen verstehen und anerkennen, die polnische Namen tragen und die „Staatsreligion“ — wie sie Paler zu oslawski fordert! — bekennen. Hier Wandel zu schaffen, wird nur dann möglich sein, wenn unsere in zwei Wochen zu wählende Volksovertretung im Sejm eine neue Konstitution der Rechte herbeiführen wird.

Unser Ziel ist ehrlich und liegt im Interesse des Staates. Daher bleiben uns auch die Kämpfe in eigenen Wahlversammlungen erspart, die die polnischen Parteien zu bestreiten haben und die sie grüßeln. Die Gerechtigkeit unserer Sache muß schließlich auch denjenigen Deutschen offenbar werden, die nur zu gern Polen werden möchten, sowie auch denjenigen, die alles Geld aus dem Dikt kommen lassen. Wir wollen nichts als unser Recht, und das liegt auch im Interesse des Staates und bedeutet sein Wohl.

In diesem Zeichen steht unsere Wahlarbeit und wenn wir auch keine Milliarden zur Verfügung haben, so sind wir dennoch guten Muts. Wir brauchen uns unsere Volksovertretung nicht zu kaufen. Sie alle wissen, daß sie durch ihre Stimmen nicht dem oder jenem euren Gefallen tun, sondern für sich und ihre Nachkommen das gute Recht und die Gleichberechtigung als Mensch und Staatsbürger erkämpfen werden.

Wir haben es nicht nötig, unseren Wählern Versprechungen zu machen. Die Leute, die allezeit das Wort „Waterland“ auf den Lippen haben, dabei aber an Arbeit denken, haben und durch ihre verwerfliche Tätigkeit selbst den Weg gewiesen, den wir gehen müssen. Und dieser Weg wird uns zum Siege führen.

L. Kul.

Marschall Foch über die Ostfragen.

Paris, 20. Oktober. (Pat.) Ueber den Konflikt im Nahen Osten befragt, erklärte Marschall Foch, er habe den Eindruck, daß diese Frage sich gegenwärtig am Vorstadium ihrer endgültigen Lösung befinde. Marschall Foch ist der Ansicht, daß die einzige erfolgreiche Lösung der Ostfrage in der Rückgabe Konstantinopels an die Türkei bestehe, und zwar unter dem Vorbehalt, daß die Verbündeten die Freiheit der Meerengen überlassen werden. Rumänien müßte, da es am Schwarzen

Am 5. November stimmt in ganz Polen für die Liste 16!

Meere liegt, das Recht vollständig freier Durchfahrt durch die Meerengen genießen. Auf die Frage, ob die Türkei nicht nur eine Schirmwand für die Mächte der Sowjetregierung abgeben, antwortete der Marschall, daß die Kontrolle der Meerengen durch die Verbündeten eine genügende Garantie nach dieser Richtung hin bieten werde. Schließlich scheint eine Offensive der Sowjetregierung unwahrscheinlich zu sein, da die Sowjetarmee zu keiner solchen Aktion unfähig sei.

Paris, 20. Oktober. (Pat.) Poincaré erhielt von Lord Curzon ein Schreiben, in dem dieser den Vorschlag macht, die Friedenskonferenz in der Ostfrage am 18. November in Lausanne abzuhalten. Frankreich erklärt sich grundsätzlich mit diesem Vorschlag einverstanden, wird aber für den Fall, daß die Türkei hiergegen Einspruch erheben sollte, fordern, daß die Konferenz in Lugano stattfinden.

London, 20. Oktober. (Pat.) Nach den neuesten Meldungen aus Konstantinopel geht die Räumung Thrakiens ohne irgendwelche Zwischenfälle vor sich, und nimmt einen zufriedenstellenden Verlauf.

Vom oberschlesischen Sejm.

Kattowitz, 20. Oktober. (Z. U.) Unmittelbar vor Beginn der Mittwoch-Sitzung des oberschlesischen Sejms wurde der Redakteur und Herausgeber des „Głos Gornego Slasku“ von einigen in Zivil erschienenen Offizieren des polnischen Heeres überfallen und in scharfer Weise mißhandelt. Der Sejmarschall gab bei Beginn der Sitzung über diesen Vorfall Auskunft und sprach die Hoffnung aus, daß es der Wojewodschaft gelingen werde, die Täter zu ermitteln. Im Verlauf der Sitzung nahm der Wojewode Kumer das Wort und teilte a. a. mit, daß der Warschauer Ministerrat beschlossen habe, einwilligen von der Einführung der polnischen Währung in Oberschlesien Abstand zu nehmen. Es sollen zunächst Erwägungen über die Bedenken angestellt werden. Weiter teilte der Wojewode mit, daß bisher allmonatlich 400 Millionen Mark Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel in Oberschlesien zur Verwendung kämen. Die Milchversorgung für Oberschlesien ist durch ein neues Abkommen mit Deutschland sichergestellt worden, wonach aus den deutschen Gebieten Oberschlesiens auch für die nächste Zeit noch täglich 18000 Liter Milch geliefert werden. Vertraglich ist Deutschland ab 1. Oktober nur zur Lieferung von 9000 Liter Milch täglich verpflichtet.

Generalstabchef Sikorski nach Warschau zurückgekehrt.

Warschau, 20. Oktober. (Pat.) Der Chef des Generalstabes, General Sikorski, ist am 10. d. M. aus dem Auslande zurückgekehrt. Er wurde von den Vertretern der Militärbehörden und vom Chef der französischen Mission in Polen, General Dupont, auf dem Bahnhof empfangen. Der Generalstabchef erstattete in einer längeren Audienz dem Staatschef und in einer nachfolgenden Konferenz dem Kriegsminister Bericht über seine Reise. Am 21. d. M. wird General Sikorski eine Besprechung mit dem Außenminister haben und von Ministopräsidenten Nowak empfangen werden.

Das Wahlergebnis in Lettland.

Die „Rig. Rundschau“ schreibt: Das bisher bekannt gewordene Resultat der Wahlen bedeutet nach vielen Seiten hin eine Überraschung. Vor allem muß die Wahlbeteiligung als eine ganz exorbitante bezeichnet werden und läßt jedenfalls erkennen, daß die Letten ein ganz außergewöhnlich politisch interessiertes Volk sind. Es ergibt sich, daß in den Städten die Sozialdemokratie nicht unwesentlich zugenommen hat. Sehr auffallend ist der erhebliche Wahlzettel des demokratischen Zentrums,

das sich als eine ausgesprochen jüdische Partei zu erkennen gibt. Während einerseits der Führer der Liste, Präsident Tschakke, als ein Mann des Ausgleichs und der Versöhnung gelten kann, läßt die Kandidatur Kroders und die Unterzeichnung der „Saunasas Sinas“ doch die ernste Befürchtung erregen, daß dort ein aggressiver Nationalismus großgezogen werden soll.

Die Minoritäten haben in Riga gut abgeschnitten und mit einem Drittel der Mandate mehr errungen als in den Stadtwahlen.

Ueber die Ergebnisse der Wahlen entnehmen wir der „Rig. Rundschau“ noch folgende Einzelheiten: In Riga wurden insgesamt 147637 Stimmen abgegeben, hiervon entfielen auf die deutschbaltische Liste 25956, die linken Sozialdemokraten 40247 und das demokratische Zentrum 30888. In Mitau hat die deutsche Liste 2099 Stimmen erhalten und steht somit an zweiter Stelle nach der Liste der linken Sozialdemokraten mit 4207 Stimmen. In Dublen erhielten die Deutschen von 788 Stimmen 74, in Wolmar 116, in Wenden 259, in Rudam 240, in Friedrichsdorf 44. In Ulsan sind insgesamt 31570 Stimmen abgegeben worden, doch sind hier Einzelheiten noch nicht bekannt. Ebenso fehlen bisher authentische Nachrichten aus Peltgallen. Ueber die Wahlergebnisse auf dem Lande entnehmen wir der „Sesojima“ noch folgendes: Es erhielten die Stimmen der Bauernbund resp. die linken Sozialdemokraten in Woland 16290 resp. 17998, in Kurland 2748 resp. 2834 und endlich Semgallen: 6211 resp. 5427. Die Zahl der für die übrigen Parteien abgegebenen Stimmen liegt hinter diesen beiden Parteien sehr weit zurück.

Die Geilichkeit und die Wahlen.

Der „Robotnik“ beschäftigt sich mit der Agitation der Geilichkeit in der gegenwärtigen Wahlbewegung und schreibt u. a.:

„Der Papst hat zwar den Bischöfen nahegelegt, sie möchten sich mehr um ihre Diözesen kümmern als um die Politik und die Geilichkeit sollte im allgemeinen nicht mit Gewalt ein Mandat zu erlangen suchen. Ja, wir erinnern uns noch sehr gut daran, daß selbst der Geiliche Autoslowski in einer seiner Sejmreden ankündigte, der neue Sejm werde keine so große Anzahl von Geilichen Abgeordneten erhalten wie der erste Sejm. Wir wissen aber auch, daß diese Geilichen zur Verteilung der Interessen der bestehenden Klassen auftraten, denen sie sehr große Dienste erwiesen. Wahrscheinlich soll man also jetzt, besonders vor den Wahlen auf eine so wichtige Hilfe verzichten, wo doch die Kirche und die Kangel eine erstklassige Rolle spielen können? Der Papst empfahl zwar politische Enthaltsamkeit aber die polnischen Bischöfe waren die ersten, die einen Wahlaufzug erließen, in dem sie den Wählern und insbesondere den Wählerinnen direkt befehlen, für die Liste der Reaktion zu stimmen. Und wenn wir weiter gehen, so sehen wir, daß entgegen den Mahnungen des Papstes und trotz der Versprechungen des Geilichen Autoslowski die Listen der Gajona (Synode) ein buntes Gemisch von geilichen Kandidaten aufweisen und daß auf ihrer Spitze der Erzbischof Teodorowicz, Bischof Sapieha, die Geilichen Autoslowski und Abamski stehen.“

Zast auf allen Bezirkslisten des früheren preussischen Teilgebiets figurieren die Namen von Geilichen. Die am meisten kampferregten Firmen unter der Geilichkeit haben gleichfalls an der Spitze der Liste. Während der Geiliche Abamski, der Patron der Banken, befreit sein wird, die verschiedenen Feindkämpfe (auch auf der nationaldemokratischen Liste stehen Zabeln) im Westen der Republik mit der polnischen Gesellschaft nach drücklichen Müssen zu vereinen oder zu häuslichen werden der armenische Erzbischof Teodorowicz und die Geilichen Autoslowski und Mocijowski, gleich-

falls im Namen der Christlichen Liebe, danach trachten, in den Ostmarken glühenden nationalen Haß und Zweieracht unter die dort lebende polnische, ruthenische, litauische, weißrussische und jüdische Bevölkerung zu säen. Oder sollte die Aufstellung der Kandidatur des Geilichen Autoslowski in Sianlsau (Ogalien) außer der Prophezeiung eines ewigen Krieges zwischen der national gemischten Bevölkerung im östlichen Teile unseres Vaterlandes noch einen anderen Zweck verfolgen?“

Lokales.

Sob, den 21. Oktober 1922.

Die Wahlbewegung des Minderheitenblocks.

Für Dienstag, den 17. Oktober, um 7 Uhr abends berief der jüdische Wahlkreis in Orzeing eine große Wählerversammlung ein. Der Feuerwehrtal war dicht besetzt. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorstand des Wahlkreises ergriff Herr Moses Hellmann das Wort. In einer längeren Rede in jüdischer Sprache erklärte er die Notwendigkeit des Minderheitenblocks und schilderte dessen Ziele. Redner tadelt das Verhalten der Bundisten, Bolschewiken und der Arbeiterpartei, die sich dem Block nicht angeschlossen haben und darum keinen Kandidaten durchbringen werden. Die gut durchdachte Rede des Sejmabgeordneten Hellmann machte auf die anwesenden großen Eindruck; davon legte der Parteisekretär, der dem Redner gefolgt wurde, Zeugnis ab. Die im Saale anwesenden Anhänger der jüdischen Arbeiterpartei, meist halbjudische, das Wahlrecht noch nicht beherrschende Schneiderjungen, sahen wohl ein, daß ihre Gründe nicht stichhaltig sind, und machten daher großen Tumult, ließen keinen Redner mehr zu Worte kommen, schimpften, tobten und stellten durch dieses Benehmen sich selber ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Viele Wähler, die anfänglich für die jüdische Arbeiterpartei waren, schüttelten entrüstet den Kopf und gingen zum Minderheitenblock über. Die Versammlung wurde um 10 Uhr geschlossen.

Vom Generalsekretariat des Deutschen Zentralwahlkomitees wird uns geschrieben:

Auf Grund des Art. 63 der Wahlordnung zum Sejm und Senat steht jeder Partei das Recht zu, an den Wahltagen Vertrauensmänner in die Wahllokale zu entsenden. Auch wir müssen von diesem Rechte Gebrauch machen, um uns vor eventuellen Mißbräuchen zu schützen. Für jedes Wahllokal wird ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter ernannt, die die Pflicht haben, den Wahlvorgang zu beaufsichtigen und bei eventuellen Benachteiligungen unserer Seite und unserer Wähler einzuschreiten. Das Amt eines Vertrauensmannes ist ein Ehrenamt, das jeder Deutsche gern auf sich nehmen mußte. Das Zentralwahlkomitee wendet sich daher an alle Volksgenossen mit dem dringenden Ersuchen, sich schon jetzt für das Amt eines Vertrauensmannes zu melden, da die Namen derselben der Bezirkswahlkommission angegeben werden müssen. Anmeldungen werden täglich von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends im Generalsekretariat (Koswadowska 17) entgegengenommen.

Montags und Donnerstags jeder Woche finden im Obersten Gericht Shungen statt, die der Prüfung der Wahlanglegenheiten gewidmet sind. Bisher sind 30 Klagen eingelaufen, von denen mehrere bereits geprüft worden sind.

Der „Robotnik“ nimmt Anstoß an der Aufstellung der Kandidatur des Generals Haller für die Sejmahlen durch den nationalen Block. Durch die Aufstellung dieser Kandidatur wolle die Nationaldemokratie ihre Vorzwecksetzung in der Armee stärken; denn bekanntlich befehle die Parteiführer der Armee darin, die linken Einflüsse auszuschalten. Es handle sich bei der Nationaldemokratie nicht darum, durch General Haller einen Führer zu ge-



Szustowa

Żądajcie wszędzie!

minnen, sondern einzig darum, den realistischen Teil der Armee Disziplin gegenüberzustellen. — „Rurjer Poranok“ bezeichnet die Aufstellung der Kandidatur des Generals Haller auf die Liste der Nationaldemokratie als eine ungeheuerliche Diffamierung. Es sei unerhört, den Namen eines Generals der polnischen Armee, welcher vom Landeschef die höchsten Auszeichnungen erhielt, mit den Namen von gewöhnlichen Eintruppelern auf eine gleiche Stufe zu stellen, die die Person des Landeschefs mit dem größten Schmutz bewerfen.

Der Kampf gegen den Alkohol.

Der „Montier Volks“ veröffentlicht die Verordnungen betreffend das Reglement für die Kommissionen zum Kampf gegen den Alkohol.

Auf Grund dieser Verordnung werden die Kommissionen zum Kampf mit dem Alkohol bei den Verwaltungsbehörden erster sowie zweiter Instanz vom Minister für öffentliche Gesundheitspflege ernannt. Die erste Instanz für Angelegenheiten der Beschränkung des Verkaufs und Verbrauchs von alkoholischen Getränken bilden die Kreis- und städtischen Kommissionen, die zweite Instanz die Wojewodschaftskommissionen.

Die Kreis- und städtischen Kommissionen bestehen bei den Starosten. Zum Bestand dieser Kommissionen gehören: der Starost, der Kreisarzt, ein Vertreter der Finanzbehörden, ernannt vom Direktor der Finanzkammer (Vorstand der Finanzdirektion), ein Vertreter des zuständigen Kreisrates, ein Vertreter der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt und zwei Vertreter öffentlicher Organisationen.

Wenn die Kreisstadt gleichzeitig auch einen selbständigen Kreis bildet, so entsendet sie in diese Kommission zwei Vertreter der Stadtverordnetenversammlung. Jede andere in den Grenzen eines Kreises befindliche Stadt, die einen selbständigen Kreis bildet, aber nicht Sitz der Verwaltungsbehörden erster Instanz ist, entsendet in die Kreiskommission gleichfalls einen Vertreter der Stadtverordnetenversammlung. Jedes Mitglied der Kommission muß einen von vornherein bestimmten Stellvertreter haben. Vorstands der Kommission ist von Amts wegen der Starost oder Stellvertreter des Starosten. Die Wahl der öffentlichen Organisationen, die ihre Vertreter in die Kreiskommission zu entsenden haben, liegt dem Minister für öffentliche Gesundheitspflege ob.

Die Zeitdauer der Mandate der Kommissionsmitglieder, die von den Selbstverwaltungen und öffentlichen Organisationen ernannt werden, ist auf drei Jahre festgesetzt.

Am reichstetigen Beschlüsse der Kommission zu fassen, genügt die Anwesenheit von drei Mitgliedern (darunter auch des Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter).

Die Beschlüsse und Entscheidungen der Kommission werden durch gewöhnliche Stimmenmehrheit der auf der Sitzung anwesenden Mitglieder gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

„Ich verstehe nicht, was Sie meinen. Harpner, dieser liebenswürdige, harmlose Mensch? Und welchen Plan sollte er denn verfolgen?“

„Sie merken es nicht? Den, die Auffindung der Dremendischen Erben unmöglich zu machen!“

„Unmöglich! Sagten Sie denn nicht, alle diesbezüglichen Schritte seien bisher völlig geheim gehalten worden, und nicht einmal auf Weisung wüßte jemand davon, außer dem alten Baron und seinen Geschwistern?“

„Jawohl. Aber das sind schon drei Personen! Und drei Personen sind für ein Geheimnis zu viel. Ungerechnet noch die, welche vielleicht heimlich etwas erlauscht haben. Seit ich weiß, daß die Erbin Schmidt mit Ihrer Kusine Andrea identisch ist, muß ich immer an die Worte des erschossenen Lauterbeck denken, der zu seiner Schwägerin sagte: „Ich trage unabsichtlich Schuld daran, daß man gegen Onkel David etwas Schändliches plant, darum muß ich alles tun, um die Ausführung zu verhindern!“

Gott weiß, durch welchen Zufall er etwas von seines Onkels Plänen erfährt und wem er es gedankenlos weiterzählt! Aber nun denken Sie mal, wenn jemand darauf etwa den Plan gegründet hätte, eine falsche Erbin auftreten zu lassen? Wäre das etwa noch nie dagewesen? Und es handelt sich um viele Millionen! Dagegen zählen so ein paar aus dem Wege geräumte Menschen demjenigen doch nichts, der so etwas überhaupt übernimmt!“

„Welche Abgründe! Welche Abgründe!“ murmelte Losenstein und fuhr sich über die schweißbedeckte Stirn. „Und das sollte Harpner...?“

„Ich wüßte wenigstens keinen anderen. Dagegen traue ich ihm ganz wohl zu, daß er die günstige Gelegenheit auszunutzen, vielleicht sogar den Diebstahl selbst beging und Ihrer Kusine nachher vorwandte, er sei ungesehen Zeuge davon gewesen, wie Sie den Kassenschein nahmen. Er soll damals mit den Kindern und deren Bonne Verstecken gespielt haben und kann gut dabei in das an das Kinderzimmer anstoßende Schlafzimmer gekommen sein.“

„Eines begreife ich trotzdem nicht. Angenommen selbst, Sie hätten mit all Ihren Vermutungen recht, warum würde er sich so viele Mühe gemacht haben, Andrea zu entfernen, anstatt sie einfach zu töten, wie jenen Lauterbeck? Sie mußte seinen Plänen ja noch viel mehr im Wege stehen.“

„Das erscheint Ihnen nicht klar? Denken Sie doch: wenn er Andrea tötete, würden die Zeitungen doch Berichte darüber bringen, und bei dieser Gelegenheit würde auch ihre Herkunft zur Sprache kommen. Wie leicht könnte man das auf Wiesental lösen, und wie sollte er dann dort mit einer falschen Erbin auftreten? Aber es gibt noch einen zweiten Grund. Wenn Ihre Kusine ihm im Wege stand, so hatte er sie andererseits vielleicht auch noch nötig. Die falsche Erbin konnte ja versagen, der ganze Plan durch irgend einen Zufall misslingen.“

Fortsetzung folgt.

Kommst Du spät in dem Büro,
Da er länger da ist als ich —
Sitzt Du halt mal richtig schön,
Läßt er sich vor sich hin lehnen.

Frau: Abberjährt: Ten Chef

Um das Erbe der Dremendis.

Roman aus der Gegenwart von F. Arnefeld.

(33. Fortsetzung.)

„Um Gottes willen, Sie glauben doch nicht? — Nein, nein, das wäre ja entsetzlich!“

„Ich glaube, daß Ihre Kusine den einzigen Ausweg darin sah — selbst für die Schuldige er gelten. Indem sie verschwand, erweckte sie der Ansicht, aus Schuldgefühl geflohen zu sein und sich zugleich der Gefahr aus, im Falle einer Anzeige Zeugnis wider Sie ablegen zu müssen. Denn ich glaube nicht, daß sie bei allem Opfer, mut so weit gebracht hätte, unter Eid eine falsche Aussage zu machen. Und gesehen hatte sie zu doch — sie allein — wie Sie aus dem Zimmer kamen, in dem der Diebstahl begangen wurde. Das hätte sie unter Umständen angeben müssen. Soweit scheint mir alles verständlich. Aber nun verwirrt sich die Sache. So begrifflich es mir schien, daß sie ihrem ersten Impuls kopflos folgte, so merkwürdig erscheint mir nun das kalt Überlegte, methodisch Sichere ihrer weiteren Handlungen. Wenn wir ein für allemal von der Annahme absehen, daß sie selbst den Diebstahl beging —“

„Schrecklich! Auch diese Möglichkeit zogen Sie in Betracht?“

„Man muß alle Möglichkeiten in Betracht ziehen. Aber nach dem, was ich jetzt weiß, halte ich diese Annahme eben für keine Möglichkeit mehr. Um so befremdender wirkt Andreas weiteres Verhalten. Sie ist nicht gleich, sondern erst nach zwei Tagen geflohen. Sie hat jede Aussprache mit Ihnen unterlassen, obwohl diese natürlich ja fast notwendig gewesen wäre. Sie hat sich gefälschte Papiere verschafft, was gar nicht zu ihrem sonstigen Charakter paßt, und obwohl keine Anzeige erfolgte, keinen Versuch mehr gemacht, sich mit Ihnen wieder in Verbindung zu setzen. Sie muß in Berlin als Fräulein Schmidt Zeugin des Mordes an Lauterbeck gewesen sein und hat es nicht nur unterlassen, eine Anzeige zu erstatten, sondern duldet es stillschweigend, daß ein Unschuldiger, der sie noch dazu liebt, fälschlich der Tat beschuldigt wurde; ja sie ist sogar aller Wahrscheinlichkeit nach freiwillig mit dem Mörder entflohen. All diese Dinge sind unverständlich, wenn man nicht annimmt, daß ein männlicher Wille dabei despotisch den ihren lenkte.“

„Aber wer sollte dies sein?“

„Sagen Sie lieber, wer allein kann es sein? Doch nur jener Harpner, der bei Ihnen wohnte, der Zeuge der Entdeckung des Diebstahls war, dem Ihre Kusine volles Vertrauen schenkte; der einen weitangelegten Plan verfolgte und von hier verschwand, als er erreicht hatte, was er wollte: Ihre Kusine von Ihnen und Ihrer Mutter zu trennen und in seine Gewalt zu bringen!“

„Losenstein sah den Sprecher verständnislos an.“

„Ich verstehe nicht, was Sie meinen. Harpner, dieser liebenswürdige, harmlose Mensch? Und welchen Plan sollte er denn verfolgen?“

„Sie merken es nicht? Den, die Auffindung der Dremendischen Erben unmöglich zu machen!“

„Unmöglich! Sagten Sie denn nicht, alle diesbezüglichen Schritte seien bisher völlig geheim gehalten worden, und nicht einmal auf Weisung wüßte jemand davon, außer dem alten Baron und seinen Geschwistern?“

„Jawohl. Aber das sind schon drei Personen! Und drei Personen sind für ein Geheimnis zu viel. Ungerechnet noch die, welche vielleicht heimlich etwas erlauscht haben. Seit ich weiß, daß die Erbin Schmidt mit Ihrer Kusine Andrea identisch ist, muß ich immer an die Worte des erschossenen Lauterbeck denken, der zu seiner Schwägerin sagte: „Ich trage unabsichtlich Schuld daran, daß man gegen Onkel David etwas Schändliches plant, darum muß ich alles tun, um die Ausführung zu verhindern!“

Da mehrfach Uebertretungen des Gesetzes vom 23. April 1922 über die Beschränkung des Verkaufs und Verbrauchs von Alkoholgetränken vorkamen und infolge der Verfügung der Kommission zum Kampf mit dem Alkohol vom 13. September 1. J. der Sobier Regierungskommission folgende Verordnungen:

Personen, die die Erlaubnis zum Ausschank oder Verkauf von Alkoholgetränken besitzen, sind verpflichtet, im Zeitraum, da der Verkauf von Alkohol verboten ist, alle Flaschen oder sonstigen Gefäße, in denen sich Alkohol befindet, in Schränke zu verschließen, um auf diese Weise den Zugang zu ihnen zu versperrern. Unter dem Schanisch dürfen keine Gefäße zurückgelassen werden, in denen sich Alkohol befindet. Zuwiderhandelnde werden streng bestraft werden. (bip.)

Es wurden wieder 11 Personen zur Verantwortung gezogen, weil sie sich im trunkenen Zustande auf der Straße zeigten. bip.

Vorschüsse für die Staatsbeamten. Der Ministerrat hat beschlossen, für die Staatsbeamten zur Bezahlung der Ausgaben für die Einföhrung für den Winter Vorschüsse in der Höhe eines 2-Monatsgehalts für Unverheiratete und eines 3-Monatsgehalts für Verheiratete (laut Septembernorm) zu bewilligen. Die Rückerstattung dieser Vorschüsse geschieht in der Weise, daß ein Teil des Vorschusses in der Höhe eines Monatsgehalts in 6 monatlichen Raten ab 1. April 1923 vom Gehalte abgezogen wird; der restliche Betrag wird in 6, bzw. 12 Monatsraten ab 1. November abgezogen werden.

Flugpostverkehr mit der Türkei. Das Post- und Telegraphenministerium macht bekannt, daß ab 5. Oktober zwischen Warschau und Konstantinopel der Flugpostverkehr aufgenommen werden ist. Der Abflug von Warschau erfolgt zweimal wöchentlich: Mittwoch und Sonnabend. Die Gebühren betragen das Vierfache des gewöhnlichen Portos.

Autoverkehr Lódz-Brzeziny. Zwei Automobile verkehren zweimal täglich von Brzeziny nach Lódz. Die Abfahrt erfolgt: in Brzeziny um 7 und 9 Uhr früh sowie um 1 und 4 Uhr nachmittags; aus Lódz gehen die Wagen ab: um 11 Uhr früh, 1 und 3 Uhr nachm. sowie um 8 Uhr abends. Der Fahrpreis beträgt 1000 M. zuzüglich 50 Mark Kommunalsteuer für die Person.

Neue Kohlepreise. 1 Tonne (20 Zentner) Kohle kostet gegenwärtig 4300—4600 Mark. In den nächsten Tagen ist eine Erhöhung der Preise zu erwarten; eine Tonne Kohle soll dann 6000 Mark kosten. Rechnen wir die Beförderungskosten hinzu, so kommt dann ein Zentner auf 350 Mark zu stehen.

Für Genossenschaften. Das Regierungskommissariat der Stadt Lódz macht bekannt, daß die Genossenschaften im Sinne der Erklärung des Wojewodschaftsamt vom 21. September 1922 nicht verpflichtet sind, Bekanntmachungen im „Dziennik Urzędowy“ zu veröffentlichen, da Art. 6, p. 10, beziehungsweise Art. 10 des Gesetzes über die Genossenschaften diesem die Freiheit läßt, sich die Zeitchriften zu wählen, in denen die Bekanntmachungen erscheinen sollen. Der „Dz. Urz.“ eignet sich als einziges offizielles Organ der Wojewodschaft hierfür am besten. Es wird in dieser Hinsicht aber kein Zwang ausgeübt.

Bei der Krankenkasse wurde eine ärztliche Delegation (mehrs rationaler ärztlicher Hilfe, und Anwendung der letzten Errungenschaften der Heilkunde gegründet. Sie besteht aus 9 Mitgliedern. An ihrer Spitze steht der leitende Arzt oder dessen Vertreter. In die Delegation entsendet der Vorstand der Kasse 3 Mitglieder, während 5 aus der Mitte der Krankenkassenärzte gewählt werden. bip.

Wahlsteuer. Das Wojewodschaftsamt hat die Steuern und den Regierungskommissariat in Lódz angeteilt, im Sinne der neuen Verordnung des Landwirtschaftsministeriums mit der Einföhrung der Grundsteuer für Hauskette für das Jahr 1922 zu beginnen. Die Steuer beträgt für ein Pferd, Gel oder Maulesel 300 M., für Rindvieh 240 Mark, für Kälber, Schafe und Ziegen 100 M., für Schweine 200 Mark. Die Steuer muß spätestens bis zum 31. Dezember 1922 eingezogen werden. bip.

Nachlässigkeit im Dienst. Der Gefängniswärter Stanislaw Malsus, der den Sträfling Roman Grabowski zu beaufsichtigen hatte, fuhr mit demselben mit der Eisenbahn nach Lódz. Unterwegs gelang es dem Sträfling, zu fliehen. Malsus, der deshalb dem Gericht übergeben wurde, lagte aus, daß er vor Witzem eingeschläumert sei und als er wieder erwachte, sei der Sträfling verschwunden gewesen. Malsus wurde mit 2 Wochen Gefängnis bestraft. bip.

Bankenbruch. Gestern um fünf Uhr morgens wurde in der Lódz Deutschen Genossenschaftsbank ein Kassenbruch festgestellt. Diebe waren nachts in das Kabinett des Direktors eingedrungen, in dem sich ein feuerfesterer Kassenbehälter befindet, und hatten mit Hilfe feinsten Einbrecherwerkzeuge in den Panzer des Schanks eine Öffnung gebrochen, durch welche sie den Inhalt, der aus 37.000 Reichsmark und 150.000 Polenmark bestand, an sich nehmen konnten.

Ein Lódzger Stützenbild. Eine gewisse Anna Bema, wohnhaft Jaroslaw 5, meldete der Polizei, daß ihre 7-jährige Tochter Alfreda und die 6-jährige Tochter ihrer Nachbarin Marja Genfela von dem in derselben Hause wohnhaften Herrsch Gelukin vergewaltigt wurden. bip.

Ein schöner Hausfreund. Ein gewisser Josef Kopyowski, wohnhaft Rokitna Straße 10, überreichte vor einigen Wochen die Gattin des Josef Kucharski, mit ihm zu verheiraten. Nach einiger Zeit lebte er heimlich zurück, und verübte in ihrer Wohnung einen Diebstahl. Vorgerichtet begab er sich dem Kopyowski auf der Straße und ließ ihn verhaften. (bip.)

Unsere Autolenker. Auf der Rokitna-Straße wurde ein gewisser Eymal Wilt, wohnhaft Dremnowska 16, vom Auto der Firma Brodacz in Lódz, überfahren, wobei er allgemeine Körperverletzungen erlitt. Die erste Hilfe erteilte ihm der Arzt der Rettungsbereitschaft. Daselbe Auto fuhr später auf der Rokitna-Straße noch auf einen Wagen der Elektrischen an. Das Auto der Firma „Witold“, geführt vom Chauffeur Krawczyk, fuhr auf dem „Plac Wolności“ einen Wagen der Elektrischen an, wobei in letztem die Fenster Scheiben zertrümmert wurden. (bip.)

Diebstahl von Kirchengeräten zu St. Trinitatis. Vorgestern mittag einwanden bis her unermittelte Diebe aus der Kirchengemeinde der St. Trinitatisgemeinde zwei Altäre des Pastors Gabriel und aus einem Schranke die besseren Abendmahlsgesetze, die sich in einer Ledertasche befanden. Der Wert des Gestohlenen beträgt 1½ Millionen Mark, der Altäre 250 000 M.

Diebstahl. Vorgestern nachts drangen in die Bandfabrik von Emanuel Szlamowicz, Wolosnowska 34, Diebe ein und raubten Bänder und Garn im Werte von 7 Millionen M. Die Diebe wurden jedoch gefasst. Auf der Kommandatur bemalte der wachhabende Polizist eine bedrohliche Drohke, die ihm verhänglich erschien. Er hielt sie an und brachte sie samt dem verdächtigen Fabrikanten Elias Wolosnowski, nach dem 5 Kommissariat, wo der Verhaftete in einem Kessel verlor den Diebstahl der Szlamowicz eingeleitet. (bip.) — Mit Hilfe eines nachgemachten Schlüssels gelangten Diebe in das Versteckhaus des Wojewoda Szlamowicz, wo sie jeder im Werte von 6000 M. Mark raubten. — Einem gewissen Antoni Szlamowicz, wohnhaft Bielona 1, wurden Waren für 4000 M. gestohlen. — Aus dem Wäschehandlungsgeschäft des Bernardi Wassermann, Gieglina 35, wurden 18 Stück Ware im Werte von 3 Millionen M. entwendet. (bip.) — Dem Wladimir Kleinmann aus Wladyslaw wurde in der Elektrischen die Kasse mit Bargeld gestohlen, in der sich 4 Wechsel und eine Bankguthaben auf 2.000 M. befanden. (bip.)

In der Grozmarischen Fabrik (Largowa 46) wurde die Arbeiterin Marianna Stanislawski verhaftet, die Ware aus der Fabrik hinausgetragen versuchte. (bip.)

Lotterie für die Kriegsverletzten.

(Ohne Gewähr)

Stechender Ziehungsstag.

500 000 M. auf Nr. 440348.
10 000 M. auf Nr. Nr. 94840 295374.
25 000 M. auf Nr. Nr. 250855 370661 370181.
20 000 M. auf Nr. Nr. 19113 141621 214576
216235 42744.
10 000 M. auf Nr. Nr. 3019 118527 127792
131463 161556 196210.

Spende.

Uns ist nachstehende Spende zur Weitergabe übermitteln worden, für die wir den Spendern im Namen der Bedachten herzlich danken.

Für das Haus der Barmherzigkeit: 5635 M. gesammelt in der Schulgemeinde Julefom am Erntedankfest. Mit dem bisherigen 33 035 M.

Kunst und Wissen.

Eine Chronik des Kunstmalers Winkowski. Wie bereits gemeldet, findet am heutigen Sonnabend um 8.30 abends in der Bilder- und Ausstellung von Wladyslaw Winkowski ein Ehrenabend des Künstlers statt. An diesem Abend wird Professor Bromberg, Epitomski über das Thema: „Winkowski in der Kunst“ referieren. Nach der Vorlesung werden Begrüßungen des Künstlers durch verschiedene kulturelle, literarische und künstlerische Organisationen folgen. Im Anschluß daran findet ein Festessen statt. Alle diejenigen Institutionen sowie auch persönliche Verehrer des Künstlers, die an diesem Abend teilnehmen wünschen, werden ersucht, sich bis heute 4 Uhr nachmittags im Sekretariat der Ausstellung, Krutka 1, zu melden. In Anbetracht der Tatsache, daß der berühmte Künstler in Lódz eine zahlreiche Gemeinde besitzt, steht zu erwarten, daß der Abend in allen Stücken wohl gelingen wird, so daß der Künstler den besten Eindruck von Lódz davontragen wird.

Eine Lódzger Dichlerin im Berlin. Vor einiger Zeit besuchten wir in unseren „Neuen Schriften“ das Gedichtbuch „Zwischen dem Abend und dem Morgenrot“, das ein Erstlingswerk einer Lódzgerin namens Rahel Sipstein ist. Unser Urteil über die junge Dichlerin ist dieser Tage in Berlin bestätigt worden. Rahel Sipstein wurde in der deutschen Reichshauptstadt vom Verlag Leon Hirsh dem Berliner Publikum vorgestellt und fand warme Aufnahme. Das „Berliner Tageblatt“ urteilt wie folgt über die junge Lódzgerin: Rahel Sipstein, mit der Sprache, der Sinnlichkeit der Orientalin, scheint zu jenen Menschen zu gehören, denen das Dichten zu leicht wird (sein so seltener Fall). Verse prägen sich ungemein leicht und fließen in die Feder. Rahel hat der „Prinz von Thurn“ bewahrt. Es wäre schön, wenn sie erst die Literatur vergäbe — und dann die Welt in sich erlebte. Doch, sie ist begabt, also begabt.

Wittenberger Reformationsfestspiele. Kampagne Persönlichkeiten der evangelischen Kirche haben vor einigen Monaten die „Wittenberger Vereinerung für volkstümliche Reformationsfest-

spiele“ gegründet, die in Abständen von 2 Jahren zur Zeit des Reformationsfestes Reformations- und Lutherfeste aufführen will. Die Wittenberger Festspiele sollen für die evangelische Welt allmählich das werden, was für die Katholiken die Passionsspiele in Oberammergau sind. Die diesjährigen ersten Festspiele gälten der Erinnerung an die Schöpfung der Septembervibel, die vor 400 Jahren dem deutschen Volk geschenkt wurde. Zu dem Eröffnungsabend waren neben den Wemogern Wittenbergs Besucher in großen Mengen aus Berlin, Halle, Leipzig und der engeren Umgebung der Lutherstadt gekommen. Das Festspiel „Das Wort sie sollen lassen stahn“ von dem Wittenberger Pastor W. A. Sievers ist ein groß angelegtes Kunstwerk, das sich ausgezeichnet als Massenstück großer Sells eignet, ohne stille religiöse Vertiefung vermissen zu lassen. Ein Ueberblick über die Geschichte des Christentums und gleichzeitig eine magische Huldigung für Luther. Sievers schafft Verbindungen von Geschichte, Kulturgeschichte und Religion; er malt mit großen Strichen und verläßt trotz allen Schwungs nicht den Boden der Wirklichkeit. Die Festvorstellung gelang überaus gut; die wichtigen Massenfiguren, mit Hunderten von Wittenberger Bürgern als Darstellern, die Dialoge, die Epik, die Komik, die Bühneneinrichtung; man sah ein groß angelegtes Werk, das auch Singspiele miltig.

Sport.

Gründung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Polen. Der Exekutivauschuß der Arbeiter-Turn- und Sportvereine der Wojewodschaft Schlesiens berief für Sonntag, den 8. Oktober, nach Katowitz den gründenden Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Polen ein. Als Sitz des Bundes wurde Bielitz bestimmt. Die Wahl des Vorstandes zeitigte folgende Resultat: Bundesvorsitzender Turngenosse Plazzer, Kassierer Turngenosse herma, Schriftführer Turngenosse Heller (sämtliche Bielitz), Turn- und Spielleiter Turngenosse Gruga-Königshütte, weiter 2 Beisitzer aus Bielitz, 3 aus Katowitz, 1 aus Königshütte.

Alle Zuschriften betreffend den Arbeiter-Turn- und Sportbund in Polen sind an dessen Geschäftsstelle in Bielitz, Arbeiterheim, zu richten.

Vereine u. Versammlungen.

Gründung eines deutschen Arbeiterjüngerbundes in der Republik Polen. Am Sonntag, den 8. Oktober, tagte in Bielitz eine Konferenz der Arbeiterjugendvereine, die sich mit der Gründung eines Sangesbundes in Polen befaßte. Wegner-Katowitz gab einen Ueberblick der geleisteten Vorarbeiten seit der letzten Konferenz der beiden Gaue Bielitz und Katowitz. Er betonte, daß man sich schon auf dieser Konferenz einig war, die Zusammenkunft ausgeprochen hätte, daß es heute also nur noch der Zustimmung dieser Versammlung bedarf. Nachdem die Zahl der anwesenden Delegierten festgestellt worden war, wurde der Antrag einstimmig angenommen und somit der Bund gegründet. Anschließend wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Da laut Beschluß der letzten Konferenz den Vorstand der Gau Katowitz stellen soll, gab der Vorsitzende des Gau Katowitz, Sangesbruder Briesnig, seine Vorschläge für den gesamten Vorstand bekannt, welche einstimmig angenommen wurden. Eine Kontrollkommission, bestehend aus zwei Bielitzer und zwei Katowitzer Sangeschwestern und Sangesbrüdern wurden gleichfalls aus der Versammlung gewählt.

Aus dem Reiche.

Brzeziny. Den städtischen Beamten. deren Bezüge durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung den Gehältern der Staatsbeamten gleichgestellt wurden, ist ein Vorstoß in der Höhe eines Monatsgehalts bewilligt worden.

Warschau. Große Unterschlagungen bei der polnischen Landesdarlehenskasse. Wie dem „Słowo Powszechne“ gemeldet wird, wurden bei der polnischen Landesdarlehenskasse riesige Unterschlagungen entdeckt. Zwei höhere Beamte der Warschauer Zentrale für Sozialversicherungen haben 75 Millionen polnisch und 9 Millionen deutsch zum Schaden der polnischen Landesdarlehenskasse veruntreut. Auch Beamte der polnischen Landesdarlehenskasse seien in diese Unterschlagungen verwickelt sein. Alle Verstandenen wurden verhaftet.

Der Kampf der Polizei gegen die Kommunisten, der vor den Wahlen mit besonderem Eifer geführt wird, führte in Warschau wiederum zur Entdeckung großer Vorräte kommunistischer Auftritte in einer Druckerei.

Erhöhung des Eisenbahntarifs. Der wirtschaftliche Ausschuß des Staatrates hat vorgestern die vorgeschlagene Erhöhung des Bahnverkehrs in Polen befähigt. Der Personentarif wird ab 1. November um 100 Prozent, der Gültarif um 50 Prozent erhöht werden. Die beschlossenen Erhöhungen sollen den Staatsbahnen bis Neujahr 10½ Milliarden vom Personentarif, 1 Milliarden 200 Millionen vom Gültarif und bis 10 Milliarden Mark vom Gültarif mehr einbringen als bisher.

Wlodek. Eine Schicksalswindlerin. Vor der Zweigstelle der polnischen Darlehenskasse klagte eine unbekannte Frau den Leuten ihr Leid, daß ihr Verandter aus Amerika ihr einen Scheck über 200 000 Dollar geschickt habe

und sie das Geld nicht abnehmen könne, weil die Bank noch keine entsprechenden Anweisungen erhalten hätte. Drei mitleidige Herren kauften der Frau den Scheck ab. Als sie nach einiger Zeit in der Bank erschienen, um ihr Geld abzuholen, erklärten ihnen die Beamten, daß der Scheck gestohlen sei. Der Scheck wurde zurückbehalten.

Przedecz. Neuer Pastor. Der Pastor Rüdert, der Verwalter des Kirchspiels in Gombin, wurde einstimmig zum Pastor des Kirchspiels Przedecz gewählt.

Sosnowice. Von der evangelischen Gemeinde. Das Kirchspiel in Sosnowice wurde mit dem Termin bis zum 5. November für vakant erklärt. Das Monatsgehalt des Pastors beträgt 230 000 Mark. Wohnung, Licht und Heizung sind frei.

Krakau. Der Krakauer Zeitungsstreik dauert fort. In Krakau haben die Verhandlungen zwischen Druckereibesitzern und Sägern zu keinem Ergebnis geführt. Der Streik dauert also ununterbrochen weiter fort. Am Montag ist die erste Nummer einer gemeinsamen Notzeitung „Wolnosci Krakowscy“ erschienen, die von sämtlichen Verlagen gemeinsam hergestellt wird. Die redaktions-Szenenplanen wurden an den Sägern ausgeteilt, um die Säger überflüssig zu machen.

Kielce. Verhaftung von Kommunisten. In Kielce wurden in der Nacht vom Montag und Dienstag mehrere hervorragende Kommunisten verhaftet, darunter der Führer des kommunistischen Wahlkreises Anton Soma und sein Sekretär Jygmunt Bartold. Bei beiden Verhaftungen wurde eine Anzahl von Dokumenten gefunden, die ihre unmittelbare Zusammenarbeit mit den Moskauer Bolschewiken beweisen sollen.

Katowice. Die evangelische Kirche in Katowice bei Giezm wurde während des Krieges völlig zerstört. Vom der Energie Pastor Bergmanns und der Hilfe der Staatsbehörden, die die Kosten auf sich nahmen, ist der Neubau fast vollständig. Noch vor Beginn des Winters wird die Kirche geweiht werden, jedoch im Sommer dort Gottesdienst wird gehalten werden können.

Kulmbach. Eisenbahnkatastrophe. Gestern um 12 Uhr mittags fuhr ein Zug der von Jyobanowo aus nach Warschau unterwegs war, auf der Station Jyagomb der Budin in einen bahnseitig stehenden Güterzug hinein. Mehrere Wagen beider Züge wurden zertrümmert, der Schaffner des Gepäckwagens getötet, 5 Personen schwer und mehrere leicht verletzt. Die Ursache der Katastrophe ist nicht festgestellt worden. Aus Kulmbach wurde sofort ein Zugzug mit Ärzten an den Ort des Unfalls abgesandt.

Brandenburg. Eisenbahnunglück. Am Dienstag, früh 5 Uhr, stieß auf dem Bahnhofs Katowitz der von Jyobanowo kommende Zugzug mit ausfahrenden der Brandenburger Offiziersaspirantenzug mit einem Getriebe in die Station einlaufenden Güterzug zusammen. Die Ursache ist darin zu suchen, daß infolge falscher Weisanweisungen Stationssignale zwischen die beiden Züge einrangiert waren. Es sind 85 Beteiligte der Offiziersaspirantenkategorie verletzt, darunter 8 schwer. Der Zugführer ist tödlich verwundet worden.

Lehre Nachrichten.

Englische Pressstimmen zum Rücktritt Lloyd Georges.

London, 20. Oktober. (Pat.) „Daily News“ schreibt, daß man den Gang des Raor nicht mit einem Gefühl der Enttäuschung begrüßen müsse. Die Koalitionsregierung habe ausgesetzt zu bestehen und mit ihr die Koalition. Ein Anschlag der Seandee, von dem Saganio so viel zu lesen habe, habe sein Ende gefunden.

„Daily Express“ schreibt im Leitartikel, daß England erst jetzt aufwachen könne. Ganz Europa werde eine Erneuerung verpassen. Eine konservativere Regierung müsse an's Ruder, die den inneren und äußeren Frieden wiederherstellen müsse, besonders müsse mit der Partei Frieden geschlossen und die englischen Truppen aus dem Osten zurückgezogen werden.

Der tschechoslowakische Staatshaushalt.

Prag, 20. Oktober. (Pat.) „Pravda“ berichtet, daß der Staatshaushaltplan für das Jahr 1923 an ordentlichen Ausgaben 30,6 Milliarden und an außerordentlichen 6,75 Milliarden aufweise. Die ordentlichen Einnahmen betragen 17,96 Milliarden und die außerordentlichen 850 Millionen tschechische Kronen.

Serbische Freischaren gegen die Faschisten.

Wien, 20. Oktober. (A. B.) Die südslawischen Organisationen haben im Einzelnen mit serbischen Freischärlern (Komititsch) beschlossen, an die Mobilisierung aller südslawischen Nationalisten heranzutreten. Im Laufe von 24 Stunden sollen sich alle beteiligten Organisationen einfinden. Die Oberleitung wird von serbischen Freischärlern-Verbänden übernommen. Die gegen die italienischen Faschisten aufstehenden Abteilungen erhalten Uniformen der Freischärlern und schwarze Fahnen mit Totenköpfen.

Kurze telegraphische Meldungen.

Der französische Senat hat einen Antrag angenommen, laut welchem der 11. November, der Jahrestag des Abchlusses des Waffenstillstands-

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some minor discoloration and a small dark spot near the top center. The page is set against a dark background.